PDS
www.pds-berlin.de

landesinfo

PDS in Berlin – Oktober 2004

Foto: Christian Ditsch

Am ersten Oktoberwochenende in Berlin: Protest Tausender auf der bundesweiten Demo gegen Hartz IV und zugleich Debatte über soziale Alternativen auf einer Konferenz des Aktionsbündnisses

Hartz IV braucht mehr als Protest

Dank der PDS waren Berlin und Mecklenburg-Vorpommern die beiden einzigen Länder, die im Bundesrat bei der entscheidenden Sitzung nicht für Hartz IV gestimmt haben. Verhindern konnten wir das Gesetz dadurch nicht. Es gilt trotz unserer Ablehnung auch hier in der Stadt. Deshalb loten wir jetzt die landespolitischen Spielräume aus, die wir bei der Umsetzung haben. Das sind gar nicht so wenige. Das Land muss beispielsweise regeln, welche Wohnungsgröße und welche Miethöhe für einen ALG-II-Empfänger angemessen sein sollen. Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner hat festgestellt, dass die meisten Betroffenen schon bisher nicht in großen Prachtbauten leben. Sie will deshalb eine flexible Regelung. Umzüge sollen die Ausnahme bleiben.
In unserer Hand liegt es auch, wie die mit Hartz verbundene Beschäftigungspolitik aussieht. Es ist klar: Wir wollen keinen neoliberalen Arbeitsdienst. Es sollen Tätigkeiten sein, die der Stadt nutzen und zum Beispiel längere Öffnungszeiten für Museen, Bibliotheken oder Kindereinrichtungen bringen. Zugleich müssen sie eine Qualifizierung für die Betroffenen ermöglichen. Wir erwarten deshalb, dass die Maßnahmen von kompetenten Trägern angeboten werden. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass keine Stellen am ersten Arbeitsmarkt gefährdet werden. Eine weitere wichtige Frage ist die Höhe des Zuverdienstes. Von ein bis zwei Euro war anfänglich die Rede. Nun wird nur noch von Ein-Euro-Jobs gesprochen. Damit wollen wir uns nicht abfinden. Wir werden darüber sowohl mit den Regionalstellen der Bundesagentur für Arbeit als auch mit unserem Koalitionspartner SPD verhandeln.

■ *Stefan Liebich*
Landes- und Fraktionsvorsitzender

Unterschiede beim Ja- und Nein-Sagen

Sachsen 23 Prozent und Brandenburg 28 Prozent für die PDS bei den Landtagswahlen, und trotzdem werden manche nicht müde, die PDS an politische Ränder drücken zu wollen. Man muss schon mit Scheuklappen durch die Lande spazieren, wenn man die PDS übersehen will – im Alltag östlicher Kommunen und Landtage, bei ihrer schwierigen Arbeit in den beiden Regierungskoalitionen, in Bündnissen gegen die Privatisierung der Frankfurter U-Bahn oder in Oberhausen. Mit einem verstörten Blick auf den demokratischen Protest in diesem Lande wird uns immer wieder Populismus unterstellt. Ich fühle mich da an einen viel zitierten Spruch erinnert. Die Hartz-IV-Verfechter hinterlassen den Eindruck, als würden sie nach dem Motto handeln „Die Agenda 2010 in ihrem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf“.

Einsicht statt Verharmlosung

Herr Rogowski vom BDI stellt zur PDS einzig fest, sie könne immer nur Nein sagen. Wie wäre es, wenn er selbst häufiger und wohl überlegter Ja sagen würde? Ja zu Ausbildungsplätzen, Ja zu Beschäftigungsprogrammen für Ältere, Ja zur Erbschafts- und Unternehmenssteuerreform. Rogowski sagt vor allem und immer wieder Ja beim Sozialabbau. Leider sagt er auch Ja zur Verharmlosung rechtsradikaler Szenen und Parteien. Gerade von der Großindustrie dürfte man in diesem Zusammenhang einige historische Einsichten mehr erwarten. Da wächst gefährlicher Populismus aus der Mitte der Gesellschaft, statt die Überlegung, sich umfassend mit dem Sozialabbau und seinen Folgen auseinander zu setzen.

Auf Dauer produziert der Sozialabbau – wie er mit Hartz IV vorangetrieben wird – für große Unternehmen ebenfalls nur Qualitätsverluste. Schnelle Gewinne sind keine Antworten auf die wirklichen Herausforderungen, auch nicht auf die wirtschaftlichen.

Gemeinsinn statt Zwang

Um es deutlich zu sagen: Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, in dem kreativer Gemeinsinn von allen Seiten gefordert ist, nicht Zwang für die einen und Freiwilligkeit für die anderen. Dafür brauchen alle gute Bildungschancen und Lebensperspektiven. So etwas kann keine PDS allein initiieren. So etwas geht nur in außerparlamentarischen Bündnissen und nur mit Partnern im Parlament. Und es funktioniert nicht durch Abgrenzung, sondern über Dialog. Um soziale und demokratische Alternativen zu fördern, müssen wir unsere Politikfähigkeit erhöhen. Am wenigsten brauchen wir die Angst vor vielen kleinen Schritten und am meisten die solidarische Auseinandersetzung mit den Fehlern, die man für gewöhnlich mitten im Leben macht. Dieser Streit unter uns wird aber nur produktiv, wenn uns andere dabei als die Partei der sozialen Frage erkennen. Das haben die Wahlen 2004 gezeigt. Das könnte auch der Parteitag im Oktober symbolisieren. Dort wollen wir uns darüber verständigen, wie wir 2006 als Fraktion in den Deutschen Bundestag kommen, weil wir wissen, eine alltagstaugliche sozialistische Partei wird dort dringend gebraucht.

■ *Lothar Bisky*

Thema:

Masterplan Bildung
Die PDS-Fraktion will sich in der Bildungspolitik nicht auf dem ausruhen, was die rot-rote Koalition bisher erreicht hat. So müsse das Schulgesetz, das bundesweit Anerkennung finde, zwar noch „vom Papier in die Schulen“ gebracht werden. Darüber hinaus will die PDS mit dem Koalitionspartner verabreden, wie die Schulstrukturen in Berlin mittelfristig den bildungspolitischen Erfordernissen nach mehr Förderung und weniger Auslese gerecht werden können. Ziel der PDS ist, Schulstrukturen zu schaffen, in denen Kinder länger gemeinsam miteinander lernen.

Carrousel-Theater gesichert
Das Carrousel bleibt als eigenständiges Kinder- und Jugendtheater am Standort Parkaue in Lichtenberg erhalten. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses beschloss Ende September die Entsperrung der Mittel für 2005 und erklärte seine Zustimmung zur Neubesetzung der künstlerischen Leitung des Hauses. Die schrittweise Entschuldung des Carrousel erfolgt zu gleichen Teilen durch die Senatsfinanz- und durch die Senatskulturverwaltung.

Straßenbahn kommt
Die rot-rote Koalition hält an den Plänen zur Verlängerung der Straßenbahn zum Lehrter Bahnhof fest. Da dazu das Planfeststellungsverfahren neu aufgelegt werden müsse, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von PDS- und SPD-Fraktion, verzögerten sich leider die notwendigen Baumaßnahmen. Aus verkehrs- und aus umweltpolitischer Sicht sei eine Verkehrsführung der künftigen Straßenbahntrasse durch die Invalidenstraße aber sinnvoll.

Zwei entscheidende Jahre
Unter diesem Titel steht ein Diskussionsangebot von Harald Wolf, in dem er für die Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hinaus plädiert. Das Dokument ist nachzulesen unter **www.pds-berlin.de**.

Foto: Christian Jungeblodt

Zwischennutzung statt Rasenfläche. Auch 2005 wird es Veranstaltungen in der Palastruine geben.

Gesundes Berlin

Fraktionsklausur in Szczecin: Wachstumsbranche in Sicht

Wohin soll sich Berlin einmal entwickeln und was kann die PDS dabei leisten? Antworten auf diese Fragen gab es kürzlich auf der Klausur der PDS-Fraktion in Szczecin.

Hier wurde nicht nur darüber diskutiert, wie weit Rot-Rot mit der Einlösung seines Wahlversprechens gekommen ist, den Berliner Haushalt in Ordnung zu bringen. Es ging auch um Pläne, wie trotz der schwierigen finanziellen Umstände Chancen für die Stadt und damit für ihre Bürgerinnen und Bürger ergriffen werden können.

Chancen für Platz Nr. 1

Schon vor einigen Wochen hatte PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf im Senat unterstrichen, dass für Berlin gute Möglichkeiten bestehen, der „Gesundheitsstandort Nummer 1“ in der Bundesrepublik zu werden. Es gibt hier wichtige Krankenhausunternehmen, erstklassige Universitätsmedizin, Biotech-Firmen und vieles mehr, was auf lange Sicht in der Stadt auch Arbeitsplätze schaffen kann. Auf der PDS-Klausur erläuterte Harald Wolf, dass es aber nicht darum gehen könne, einer einseitigen „Verwirtschaftung der Gesundheit“ das Tor zu öffnen. Die PDS stehe in der Pflicht, darauf zu achten. Wichtig sei, dass alle Bemühungen zu einer Verbesserung des Gesundheitsstandes in allen Bevölkerungsgruppen der Stadt beitragen.

Wie das funktionieren kann, beschreibt das Konzeptpapier „Gesundheit für Berlin“, das in Szczecin verabschiedet wurde. Erarbeitet haben es die Senatoren Heidi Knake-Werner und Thomas Flierl, die gesundheitspolitische Sprecherin Ingeborg Simon und der wissenschaftspolitische Sprecher Benjamin Hoff.

Mehr Vorbeugung und soziale Kompetenz

Ihr Augenmerk richtet die PDS unter anderem auf die Stärkung der Patientenrechte. Im Bereich der Gesundheitsberufe soll das Erlernen sozialer Kompetenzen und humaner Einstellungen eine wichtige Rolle spielen. Bei der Drogen- und Suchtproblematik schließlich möchte die PDS mehr auf die Vorbeugung setzen.

Die Partei hat sich zum weiteren staatlichen Engagement im Gesundheitswesen bekannt. Das ist ein wichtiges Zeichen, denn gerade in Zeiten leerer Landeskassen wächst der Druck, Krankenhäuser zu privatisieren. Dazu heißt es in dem Papier: „Unserer Meinung nach ist dieses Engagement ein wichtiger Teil sozialer Daseinsfürsorge. Sie muss Humanität und Effizienz vorbildlich verbinden und sich aktiv am Qualitätswettbewerb um die Versorgung beteiligen. Die Aids-Kliniken am Augusta-Viktoria-Krankenhaus und die Krisenstationen der Psychiatrie in Vivantes-Kliniken und an der Charité sind dafür ein beredtes Beispiel.“

■ *Kathi Seefeld*
Pressesprecherin der PDS-Fraktion

Ändern Wahlen den Haushalt?

Das „Schicksalsbuch der Nation“ lässt tief blicken

Der Bundeshaushalt ist in Zahlen gegossene Politik, sagen die einen. Andere bezeichnen ihn gar als Schicksalsbuch der Nation. Für das Jahr 2005 gilt es, 258,3 Milliarden Euro gerecht und vernünftig zu verteilen. Bei seiner Rede im Bundestag griff Finanzminister Eichel die PDS an: „Wer glaubt, man könne etwas gewinnen, indem man sich als ostdeutsche Partei gegen den Westen stellt, schadet uns allen.“ Dafür erhielt er den Beifall von einer ganz großen Koalition aus SPD, Bündnis90, CDU/CSU und FDP. Natürlich ist diese Behauptung durch keinen Beschluss der PDS oder keine Rede von uns zu belegen. Eichel handelte wohl nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“.

Kürzungen en masse

Die nackten Haushaltszahlen sprechen gegen den Osten. Zum einen wird Hartz IV die Menschen im Osten wesentlich härter treffen, weil es hier wesentlich mehr Langzeitarbeitslose gibt als im Westen. Die Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit werden gekürzt. Auch die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) in den neuen Bundesländern und die für die Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte werden zusammengestrichen: Für GA-Mittel sind statt 750 Millionen für das laufende Jahr nur noch 694 Millionen Euro für 2005 geplant, bei den Fördermitteln für ostdeutsche Produkte statt 9,5 Millionen Euro nur noch 2,5 Millionen Euro. Das Programm „Kultur in den neuen Ländern“ soll völlig auslaufen. Der „Goldene Plan Ost“ – das sind Zuwendungen für Sportstätten im Breitensport – wird auf fünf Millionen Euro halbiert.

In meiner Haushaltsrede habe ich auf die dramatischen Auswirkungen auf die Situation der Arbeitslosen und auf die sinkende Binnennachfrage verwiesen. Der nachfolgende Redner von der SPD hat mich daraufhin wütend als „schamlos“, „demagogisch“ und „unter aller Kanone“ beschimpft. Das von ihm selbst benannte „aktuelle Umfragehoch“ für die PDS schien ihn maßlos zu verärgern.

Zehn Prozent sind zu viel

Jetzt liegen die Wahlen hinter uns. Die PDS hat in Brandenburg, Sachsen, Nordrhein-Westfalen sehr gut, ja hervorragend abgeschnitten, die SPD überall an Stimmen verloren. Mit Genugtuung erfüllt mich das nicht. Ganz im Gegenteil, ich finde es entsetzlich, dass die NPD in Sachsen gleichauf mit der SPD liegt. Das Wahlergebnis hat aber zumindest zu der Erkenntnis geführt, dass eine aktive Arbeit gegen Rechtsextremismus erforderlich ist. Im Haushaltsentwurf sollten in Ostdeutschland die Mittel für die Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie die Mittel zur Förderung von Modellprojekten zur Beratung von Opfern rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten von jeweils 4,5 Millionen Euro auf 2,5 Millionen Euro gekürzt werden. Das soll jetzt wieder korrigiert werden. Wir unterstützen das, finden es aber nicht ausreichend.

Uns fallen noch viele Änderungsmöglichkeiten im Haushalt ein. Als PDS-Abgeordnete schauen wir uns natürlich den Rüstungshaushalt besonders genau an. Er macht etwa zehn Prozent des Gesamtbudgets aus. Die CDU/CSU findet das zu wenig. Für uns ist das entschieden zu viel. Im „Schicksalsbuch der Nation“ brauchen wir mehr Zukunft und weniger Rüstung.

■ *Gesine Lötzsch, MdB*

Zwei Tage lang öffnete der Bundestag seine Pforten weit. Nur die PDS durfte sich und ihre Arbeit nicht präsentieren. Also kamen Gesine Lötzsch und Petra Pau mit den anstehenden Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch.

Foto: Axel Hildebrandt

In Kürze:

Gemeinsam gegen „Hartz IV“
Gesine Lötzsch und Petra Pau nahmen an Berliner Demonstrationen gegen „Hartz IV“ teil. Sie waren aber auch andernorts gefragt, als Rednerinnen, zum Beispiel in Haldensleben, Halle, Neuruppin und Wittstock.

Eindrucksvolles Jubiläum
Mitte September hielten Gesine Lötzsch und Petra Pau ihre jeweils 100. Rede im Plenum des Bundestages. Andere „Spitzenredner“ wie Angela Merkel (CDU) oder Joseph Fischer (Grüne) brachten es seit Oktober 2002 auf 20 bis 30 Auftritte.

Frauen im Netz:

↗ **www.gesine-loetzsch.de**
↗ **www.petra-pau.de**

Petra Pau bietet auf ihrer Website einen Newsletter an, unter „Aktuell / Treffpunkt“ können Sie sich anmelden. Sie müssen dann die Registrierungsmail bestätigen und bekommen anschließend regelmäßig aktuelle Erklärungen, Reden etc. postwendend per E-Mail zugesandt.

Bundestagsbüro
Dr. Gesine Lötzsch
2. Obergeschoss
Ahrenshooper Str. 5
13051 Berlin
Tel (0 30) 99 27 07 25
Fax (0 30) 99 27 07 26
wahlkreis@gesine-loetzsch.de
www.gesine-loetzsch.de
Bürgersprechstunde:
12. 10. 2004, 17 Uhr
26. 10. 2004, 17 Uhr

Wahlkreisbüro
Petra Pau
Henny-Porten-Str. 10–12
12627 Berlin
Tel. (0 30) 99 28 93 80
Fax (0 30) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de
Bürgersprechstunde:
13. 10. 2004, 10–12 Uhr

Termine:

9. Oktober
Die PDS Tempelhof-Schöneberg und die chilenische Kulturvereinigung „El Cultrún e. V.“ laden ein zur
2. Hommage an Violeta Parra
WEISSE ROSE am Wartburgplatz
Martin-Luther-Str. 77, 10825 Berlin-Schöneberg
Eintritt: 8 EUR / ermäßigt 6 EUR

10. Oktober
Marzahner Sonntagsgespräch
Günter Herlt liest aus seinem neuesten Buch „Lach dich gesund“
10 Uhr, Alt-Marzahn 64, Klubkeller
Eintritt: 1,50 EUR

13. Oktober
Hartz IV – Wachstumsgarant oder ökonomischer Unsinn?
Veranstaltung von RLS und Helle Panke
18.30 Uhr, Bundestagsbüro Dr. Gesine Lötzsch, Ahrenshooper Str. 5, 13051 Berlin
Eintritt: 1,50 EUR

13. Oktober
Vortrags- und Diskussionsreihe „Kulturdebatte im Turm“
Wie modern war die Buchzensur in der DDR?
Referent: Dr. Siegfried Lokatis
Der Historiker untersuchte die Zensur, insbesondere in der politischen Geschichtsschreibung der DDR. Jetzt liegt sein neues Buch vor: „Der rote Faden“ – Zensur unter Walter Ulbricht
19.30 Uhr, Turm des Hauses am Frankfurter Tor 9, Friedrichshain
Eintritt: 1,50 EUR

21. Oktober
Reihe „Ökonomie und Politik unserer Zeit“ Memorandum 2004. Grundlinien alternativer Wirtschaftspolitik – Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit. Reform statt Gegenreform
Referenten: Dr. Norbert Reuter, Prof. Dr. Klaus Steinitz
Veranstaltung von RLS und Helle Panke
18 Uhr, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin
Eintritt: 1,50 EUR

22. Oktober
Bürgerkommune Berlin – Bedingungen und Möglichkeiten demokratischer Gestaltung
Präsentation einer Studie
Veranstaltung von RLS und Helle Panke
14.30 – 18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Teilnahmebeitrag: 3 EUR

24. Oktober
Petra Pau beim PDS-Frühschoppen
„Hartz IV und was dann?“
10 Uhr, Köpenicker Fischerhütte, Wendenschloßstr. 60, 12559 Berlin

28. Oktober
Bürgerhaushalt – ein Weg zur direkten Demokratie
Diskussion mit Gesine Lötzsch und Gästen
18.30 Uhr, Wahlkreisbüro Dr. Gesine Lötzsch, Ahrenshooper Str. 5, 13051 Berlin

Impressum:

Landesvorstand PDS Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax 24 00 92 60
E-Mail: lv@pds-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: www.warenform.net
Druck: www.druckerei-bunterhund.de
Redaktionsschluss: 28. 09. 2004

Service

Kalenderblatt: 16. Oktober 1994 Direktmandat für Stefan Heym

Am 16. Oktober 1994 gelang der PDS der Wiedereinzug in den Bundestag. Für ihre Offene Liste hatte sie mehrere prominente Parteilose gewonnen. Besonders die Kandidatur von Stefan Heym galt als Sensation. Der Schriftsteller und die PDS, das wollte für viele Medienleute und Politiker anderer Parteien nicht zusammenpassen: hier der kritische Geist, der mit den Oberen in der DDR über Kreuz lag und von ihnen Jahrzehnte ausgegrenzt, drangsaliert und bespitzelt wurde – und da die PDS, die landläufig als rückwärtsgewandt und unbelehrbar galt.

Der damals bereits 81-Jährige sah das offensichtlich anders und nahm die Belastungen des Wahlkampfes auf sich. Sein Gegner von der SPD im Wahlkreis Prenzlauer Berg-Mitte war Wolfgang Thierse. Das klassische Kopf-an-Kopf-Rennen ging zugunsten von Stefan Heym aus. Er errang eines der vier Direktmandate für die PDS. Das sicherte dieser nicht nur den Wiedereinzug in das oberste Parlament, die 30-köpfige Abgeordnetengruppe stellte mit Stefan Heym auch den Alterspräsidenten des Bundestages. Ihm oblag es, die erste Tagung der 13. Wahlperiode mit einer Rede zu eröffnen.

Dieser Auftritt war von zahlreichen Diskriminierungen begleitet. Die Kleinkariertheiten begannen mit der Sitzordnung: Plätze in der ersten Reihe standen nur den Fraktionen, nicht aber der PDS-Gruppe zu. Nur dank einer energischen Intervention wurde für die Konstituierung im Berliner Reichstag eine Ausnahmeregelung erreicht, so dass Stefan Heym am 10. November von der ersten Reihe aus ans Rednerpult treten durfte. Einen Tag zuvor schreckten CDU-Politiker nicht davor zurück, dubiose Meldungen über eine angebliche Zusammenarbeit von Stefan Heym mit der Staatssicherheit zu lancieren. Dennoch nahm der greise Dichter das Wort. Die Abgeordneten der CDU/CSU folgten seiner Rede mit versteinerten Mienen und verweigerten ihm – mit Ausnahme von Rita Süßmuth – jeglichen Beifall.

Das Bulletin Nr. 105 des Presse- und Informationsamtes vom 14. November informierte anschließend mehrseitig über die Konstituierung des Bundestages. Die Rede von Stefan Heym fehlte. Regierungssprecher Vogel begründete diesen einmaligen Vorgang mit dem Argument, man habe der kommunistischen PDS keine Plattform geben wollen.

Ein Armutszeichen ohnegleichen gegenüber einem Mann, der als Jude aus Deutschland fliehen musste, als amerikanischer Soldat gegen die Nazis gekämpft hatte und in der DDR Maßregelungen ausgesetzt war.

■ *Margit Bürger*

1. Tagung des 9. Bundesparteitages der PDS

30. und 31. 10. 2004 in Potsdam
Filmpark Potsdam-Babelsberg
Caligari-Halle
Emil-Jannings-Straße/Ecke Marlene-Dietrich-Allee
(S-Bahnhof Medienstadt Babelsberg)

Unter anderem auf der Tagesordnung:

- Rede des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky zu den Aufgaben der PDS bis 2006
- Bilanz der Arbeit der PDS im Bundestag
- Debatte und Beschlussfassung zum Leitantrag „Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft!“
- Beratung und Entscheidungen zur Parteireform und zum Statut

PDS
www.sozialisten.de